

Der Mindestlohn ist ein hochpolitisches Thema in der Schweiz.
bild: keystone

5000 Franken Mindestlohn nach der Lehre: Ökonom erklärt die möglichen Folgen

Der Gewerkschaftsbund plant eine neue Mindestlohn-Initiative, die nur für Menschen mit abgeschlossener Berufslehre gelten soll. Ein Ökonom erklärt, welche Folgen er bei einer Annahme erwarten würde.

248

16.11.2026, 09:47 16.11.2026, 10:09



Lara Knuchel

Folge mir

Der Mindestlohn ist ein hochpolitisches Thema in der Schweiz. Kein Wunder also, sorgte Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard Mitte der Woche mit einer neuen Idee für Diskussionen.

Diesmal wird ein Mindestlohn für Angestellte mit abgeschlossener Lehre gefordert. Der Grund: Deren Löhne seien über die letzten Jahre real ge-

sunken, so Maillard gegenüber Blick. «So kann es nicht weitergehen. Es braucht nun eine Lohnoffensive.»

Konkret fordert der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) einen Mindestlohn von monatlich 5000 Franken für alle Personen mit Lehrabschluss. «Die Arbeitgeber werben für die Berufslehre als Königsweg, knausern aber bei den Löhnen», findet der Waadtländer SP-Ständerat.

Schweiz kennt keinen nationalen Mindestlohn

Am Freitag stimmte der SGB-Kongress für das Anliegen Maillards. Damit wird demnächst mit der Ausformulierung des Initiativtexts sowie wohl ab kommendem Jahr mit der Unterschriftensammlung begonnen.

Auch wenn das noch lange gehen könnte – sollte die Initiative dereinst angenommen werden, wäre es der erste nationale Mindestlohn in der Geschichte der Schweiz. Der einzige Anlauf dazu scheiterte 2014 an der Urne. Damals lehnte die Stimmbevölkerung einen Mindeststundenlohn von 22 Franken (4000 Franken monatlich bei einem Vollzeitpensum) deutlich ab.



Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds und SP-Ständerat Pierre-Yves Maillard.
bild: keystone

Die neue Initiative der Gewerkschaften würde mit einem Mindestlohn von 5000 Franken monatlich noch deutlich weiter gehen, Inflation miteinberechnet. Trotzdem ist es gut möglich, dass die Ablehnung beim Stimmvolk nicht mehr so deutlich ausfällt wie 2014. In den letzten Jahren scheinen

linke Anliegen längst nicht mehr so chancenlos wie noch vor zehn Jahren – bestes Beispiel dafür ist die angenommene 13. AHV-Rente. Und laut einer Umfrage unter gut 18'000 «Blick»-Leserinnen und -Lesern unterstützen 60 Prozent das Vorhaben des Gewerkschaftsbunds.



Gewerkschaften planen Initiative zur Aufwertung der Berufslehre

«Kantonale Mindestlöhne sind viel sinnvoller»

Was also würde ein Mindestlohn von 5000 für alle Lehrabgänger in der Schweiz für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt bedeuten? Diese Frage haben wir José Ramirez gestellt. Der Genfer Wirtschaftsprofessor hat sich in Studien mit den Effekten von Mindestlöhnen, auch denjenigen in der Schweiz, auseinandergesetzt. Er sagt: «Meines Wissens wäre ein solches Gesetz zumindest in einem OECD-Land einzigartig.» Der Vorschlag, dass ein Mindestlohn nur für einen bestimmten Berufsabschluss gelte, sei «schon sehr speziell».

Der Ökonom hält wenig von Mindestlöhnen, die national gelten. «Wir werden sehen müssen, wie die Initiative ausformuliert wird. Aber grundsätzlich sind nationale Mindestlöhne – was es ja im Prinzip wäre – deutlich weniger sinnvoll als kantonale oder städtische», so Ramirez. Der Grund seien die grossen Unterschiede der Löhne und Lebenshaltungskosten zwischen den Kantonen. Ein Mindestlohn von 5000 Franken würde darum einen Gelernten etwa in Appenzell-Innerrhoden einem solchen in der Stadt Genf massiv bevorteilen, da letzterer viel höhere Lebenshaltungskosten hat.

Immer mehr Kantone und Städte nehmen das Anliegen denn auch zunehmend in die eigenen Hände. Und das oftmals erfolgreich. Mittlerweile kennen fünf Kantone einen gesetzlichen Mindestlohn: Genf (24.59 Franken pro Stunde, per Anfang 2027 auf 24.73 Franken erhöht), Neuenburg (21.35 Franken), Jura (21.40 Franken), Basel-Stadt (22.20 Franken) und Tessin

(20.00 bis 20.50 Franken). Hinzu kommen drei Städte mit einem angenommenen Mindestlohn: Luzern, Zürich und Winterthur. Die Mindestlöhne wurden per Volksabstimmung oder per Parlamentsbeschluss eingeführt.

Gesetzliche Mindestlöhne in der Schweiz

Mindestlöhne können positive Effekte haben

Zahlreiche Studien haben seither die Effekte dieser Mindestlöhne untersucht, etwa auf die Beschäftigung. Aus der Forschung kam nämlich lange der Tenor, Mindestlöhne seien ungeachtet ihrer Ausgestaltung aus ökonomischer Sicht immer schädlich, da sie in den freien Markt eingreifen. Als Folge käme es zu mehr Arbeitslosigkeit, da sich die Unternehmen insgesamt weniger Arbeit leisten könnten, wenn sie Löhne über dem durch den Markt definierten Gleichgewichtslohn zahlen müssten.

José Ramirez hat sich mit den Folgen der kantonalen Mindestlöhne auseinandergesetzt. Er sagt klar: «Die allermeisten Befürchtungen sind nicht eingetroffen.» Diese Erkenntnis sei eine Bestätigung anderer Studien, etwa aus den USA. Besonders bekannt ist eine Untersuchung der Ökonomen Alan Krueger und David Card aus dem Jahr 1994. Sie konnten anhand

von Daten aus der Fast-Food-Branche erstmals kausal darlegen, dass ein Mindestlohn keine Arbeitsplätze vernichtete.

Zur Person

José Ramirez ist Professor für Volkswirtschaftslehre und Dozent an der Haute école de gestion de Genève (HEG-Genève). Seine Forschungsschwerpunkte sind Arbeitsmarktökonomie, Bildungsökonomie sowie Angewandte Ökonometrie.



bild: zvg

Ramirez erklärt: «Der Grund ist, dass die Theorie vom perfekten Markt ausgeht. Dazu gehört, dass Firmen im Prinzip keine Marktmacht haben, da der perfekte Wettbewerb herrscht. Das ist in der Realität aber nicht so.» Dass Unternehmen je nach Markt über eine gewisse Marktmacht verfügen, führt dazu, dass ihr Spielraum, etwas höhere Löhne zu zahlen, nicht null ist – weshalb sie nicht zwingend Angestellte entlassen müssen.

In Genf hat der Professor gar positive Effekte beobachtet. «Der 2020 eingeführte Mindestlohn hat weder zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit noch zu einem Rückgang der Beschäftigung geführt. Stattdessen hat er mehr Frauen in den Arbeitsmarkt gebracht.»

Während also gesamtwirtschaftlich keine Veränderungen beobachtet wurden, gab es diese durchaus innerhalb der Unternehmen. «Das bedeutet wahrscheinlich, dass Arbeitgeber männliche Arbeitskräfte bevorzugt hatten oder dass der Mindestlohn Frauen in diesen Markt oder generell in den Arbeitsmarkt gelockt hat, die zuvor vielleicht nicht gearbeitet hätten, weil es sich nicht lohnte.»

Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard zielt mit seiner Initiative denn auch insbesondere auf die Situation der Frauen, die durch einen Mindestlohn profitieren sollten. Gerade in Berufen, in denen viele Frauen arbeiten, verdienen Gelernte häufig nur wenig: «Viele Tieflöhne gibt es beispielsweise im Verkauf, bei Coiffeuren, im Service oder in Kitas.» Ökonom Ramirez pflichtet dem bei: «In der Schweiz sind etwa zwei Drittel der Frauen in Niedriglohnjobs tätig. Daher ist es naheliegend, dass Frauen von einem Mindestlohn profitieren.»

Linke reicht über 100'000 Unterschriften gegen «Lohnangriff» ein

Das Stimmvolk dürfte sich bald zum Verhältnis von Gesamtarbeitsverträgen und kantonal verankerten Mindestlöhnen äussern. Mitte Oktober reichte ein Komitee aus Gewerkschaften und Parteien hat mehr als 100'000 Unterschriften gegen die…

Mehr anzeigen

Kommt es zu Substitutionseffekten?

Könnte also ein Mindestlohn für Menschen mit abgeschlossener Berufslehre einen ähnlichen positiven Effekt haben?

Ramirez glaubt, dass es auch hier am Arbeitsmarkt zu Substitutionseffekten kommen würde – allerdings nicht unbedingt zugunsten der Berufslehre. Er sagt:

> **«Unternehmen könnten in Versuchung geraten, eine Art von Arbeit, die teurer geworden ist, durch eine**

Art von Arbeit zu ersetzen, die billiger und genauso produktiv oder nur geringfügig weniger produktiv ist.»

José Ramirez

Als besonders gefährdet sieht Ramirez Angestellte aus den Grenzkantonen, etwa Genf, Neuenburg, Jura und Basel, «alles Kantone mit schon bestehendem Mindestlohn». Bei einem geltenden Mindestlohn von 5000 Franken, der teilweise deutlich über den kantonalen Mindestlöhnen liegen würde, könnten die Unternehmen auf die Idee kommen, mehr Grenzgänger anzustellen, die zwar über einen Bildungsabschluss verfügen, der einer Lehre entspricht – aber über kein solches Zertifikat verfügen.

Dasselbe gelte unter Umständen in Bezug auf Niedrigqualifizierte ohne Lehrabschluss, also etwa Menschen mit einem Anlehrausweis oder einem eidgenössischen Berufsattest (EBA). Aber auch Menschen mit Bachelor-Abschluss, die vielleicht länger keinen Job finden, könnten für ein Unternehmen infrage kommen.

«Das könnte bedeuten, dass Schweizerinnen und Schweizer mit einem Berufsabschluss möglicherweise häufiger arbeitslos werden. Oder es könnte länger dauern, bis sie eine Stelle finden.» Letzteren Effekt hat Ramirez tatsächlich nach der Einführung des bestehenden Mindestlohns in Genf beobachtet. Dort hat der Mindestlohn die Jobsuche für Arbeitslose mit weniger als einem Jahr Berufserfahrung verlängert.

Der SGB argumentiert aber auch damit für einen Mindestlohn, dass die Löhne für Menschen mit Lehrabschluss nicht genügend schnell stiegen. Ramirez entgegnet, dass die Initiative zum Gegenteil führen könnte: «Sie dürfte die Lohnstruktur in den Unternehmen durcheinanderbringen. Es ist nicht garantiert, dass es sich Firmen leisten können, allen gleich viel mehr zu bezahlen, wenn die günstigsten Arbeitskräfte neu mindestens 5000 Franken bekämen.»

«Mehr Ferien wäre eine gute Idee»

Einen gut ausgestalteten Mindestlohn hält Ramirez nach seinen Auswertungen aus den Kantonen für grundsätzlich ein geeignetes Instrument. Es komme aber auch darauf an, was man damit erreichen will.

Laut Pierre-Yves Maillard will man mit der Initiative zum einen die «Verarmung stoppen». Real sei der mittlere Lohn von Gelernten im Vergleich zu 2016 um 2,1 Prozent gesunken. «Die Lohnschere zwischen Gelernten und Akademikern geht weiter auf», so Maillard. Ramirez pflichtet ihm bei:

«Diese Schere existiert, und bei einem Mindestlohn von 5000 Franken würde sie natürlich sinken.»



Im Gastgewerbe sind die Löhne vergleichsweise tief.
bild: imago images

Der Ökonom gibt aber zu bedenken, dass die Unterschiede zwischen den Berufen und den Branchen riesig seien. «Es gibt Bereiche, die eine Berufsausbildung erfordern und in denen ein erheblicher Fachkräftemangel herrscht, etwa bei der Kinderbetreuung, im Gesundheitswesen oder bei Klempnern. Da bilden wir nicht genügend Menschen aus.» In anderen Branchen, zum Beispiel im Verkauf oder im Gastgewerbe, sei dies anders.

Ramirez schlägt aus all den genannten Gründen vor: «Man sollte sich darauf konzentrieren, die Löhne durch Tarifverträge zu erhöhen oder die Mindestlöhne ihren natürlichen Verlauf nehmen zu lassen, wie es in den Kantonen und Städten der Fall ist. Dann sollten wir andere Wege finden, die Kaufkraft zu steigern oder den Wert eines Sektors zu erhöhen.» Er schliesst auch einen möglichen Weg über eine Umsetzung des Anliegens auf kantonaler Ebene nicht aus: «Zum Beispiel ein Mindestlohn in Genf von 4300 Franken pro Monat, für Inhaber eines Berufsausbildungszertifikats aber dann 4600 Franken.»

Es gehe letztlich auch darum, die Lehre aufzuwerten, schreibt der Gewerkschaftsbund in einer Mitteilung. Ramirez sagt dazu: «Wir Ökonomen sehen es nicht gern, wenn eine politische Massnahme zwei Ziele verfolgen will.» Zur Aufwertung der Lehre seien andere Massnahmen besser geeignet als ein Mindestlohn.

Die SGB-Spitze wird laut Mitteilung prüfen, ob mit der geplanten Initiative auch acht Wochen Ferien für Lernende durchgesetzt werden sollen. Ramirez findet:

«Das ist eine gute Idee. Es geht darum, jungen Menschen das zu geben, was sie wollen. Dazu gehören auch mehr Ferien und nicht viel mehr arbeiten zu müssen als Schülerinnen oder Studenten.»

Mehr zum Thema:



- Stadt Zürich führt Mindestlohn definitiv am 1. Januar 2027 ein
- Waadt verankert Mindestlohn in der Verfassung – lehnt Entwürfe zur Umsetzung jedoch ab
- Bundesgericht hat entschieden: In Zürich und Winterthur kommt der Mindestlohn
- Mehr Betriebe unterschreiten den Mindestlohn im Kanton Basel-Stadt
- Tieferer Mindestlohn für Studenten im Kanton Genf
- Fribourg sagt «Nein» zu einem Mindestlohn
- EuGH kippt zentrale Mindestlohn-Vorgaben der EU

DANKE FÜR DIE ♥

Würdest du gerne watson und unseren Journalismus unterstützen? Mehr erfahren

(Du wirst umgeleitet, um die Zahlung abzuschliessen.)

5 CHF | 15 CHF | 25 CHF | Anderer

Weiter zur Zahlung

Mit Twint unterstützen

Oder unterstütze uns per Banküberweisung.

Themen

WIRTSCHAFT SCHWEIZ BEST OF WATSON MINDESTLOHN ARBEITSMARKT BEST OF WATSON MINDESTLOHN ARBEITSMARKT

Die Geschichte von SpaceX und Starlink

1 / 26

Die Geschichte von SpaceX und Starlink

Das ist die verrückte Geschichte, wie die Raumfahrt revolutioniert wurde …

quelle: epa spacex / spacex / handout

António Guterres teilt gegen Fossil-Lobby aus

video: watson

Wo sich Expats willkommen fühlen – Spoiler: nicht in der Schweiz

Unser Land zieht viele Arbeitskräfte aus dem Ausland an, doch Anschluss finden Expats hier kaum. Beim Einleben landet die Schweiz in einem Wohlfühl-Ranking weit hinten. Bei den Städten belegt Zürich gar den letzten Platz.

Es ist schön, man lebt sicher, wird gut bezahlt, doch das Leben kann ganz so schön einsam sein: So zumindest erleben viele Expats die Schweiz. Im «Expat Insider 2026» des Netzwerks InterNations landet die Schweiz im «Ease of Settling In Index» auf Rang 26 von 31 Ländern. Der Index misst in einer Haupt- und drei Unterkategorien, wie leicht man sich in einem neuen

Zur Story